

Frank Deppe

Zur Geschichte der Diffamierung der Linken in Deutschland und in Hessen¹

Im Oktober dieses Jahres verlieh die Vereinigung demokratischer Juristen in Berlin den Hans-Litten-Preises der VDJ an den Bremer Rechtsanwalt Heinrich Hannover. Dieser – inzwischen über 80 Jahre alt - wurde geehrt, weil er als Anwalt unbestechlich das Recht von Minderheiten, von politisch Diskriminierten und Verfolgten, aber natürlich auch von Straftätern vor den Gerichten dieser Republik vertreten hat. Die – durchaus bittere – Bilanz seiner Erfahrungen (hinsichtlich des Umgang der Herrschenden und der Justiz dieses Landes mit der Linken, vor allem mit den Kommunisten) hat er in dem Band „Die Republik vor Gericht 1954 – 1995“ veröffentlicht. Bei dieser Gelegenheit wurde ich daran erinnert, dass das erste Buch von Heinrich Hannover mit dem Titel „Politische Diffamierung der Opposition im freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat“ (1962 im Pläne Verlag) für meine eigene politische Sozialisation eine nicht unerheblich Rolle gespielt hat. Ich hatte den Kriegsdienst verweigert, an einem Ostermarsch teilgenommen und das Studium der Soziologie in Frankfurt aufgenommen – also (oft noch unbewusst) Weichenstellungen vorgenommen, die für Menschen meiner Generation damals von lebensgeschichtlicher Bedeutung waren.

Das Buch von Hannover erschien auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges, der in der Bundesrepublik (im Vergleich zu unseren westliche Nachbarn) besonders extreme Formen annahm; denn im „CDU-Staat“ (so der Titel einer wichtigen Publikation im Suhrkamp-Verlag der 60er Jahre) war der Antikommunismus gleichsam zur Staatsdoktrin geworden. Die Diskriminierung („Agententheorie“) richtete sich nicht nur gegen die Kommunisten vor und nach dem KPD-Verbot von 1956, sondern auch gegen die Friedensbewegung (Kampf dem Atomtod! Ostermarsch, an dem zahlreiche Gewerkschafter teilnahmen), gegen Linke in den Gewerkschaften und in der SPD („Alle Wege des Sozialismus führen nach Moskau“). Im Wahlkampf 1961 wurde der Kanzlerkandidat der SPD, Willy Brandt, von Adenauer selbst als „Herr Frahm“ sowie als „Emigrant“ (während der Nazi-Zeit) angegriffen (noch schlimmer waren natürlich die CDU-Stammtische, die über den „Vaterlandsverräter“ geiferten).

Von Heinrich Hannover lernte ich u.a., dass die Diffamierten – von A bis Z, von Abendroth bis Zwerenz, so lautete damals das Alphabet des politischen Anstandes - sich in der Regel für die Demokratie, für soziale Gerechtigkeit und für den Frieden engagierten, dass sie Widerstand gegen den Faschismus geleistet hatten. Ich habe viele dieser Persönlichkeiten später – vor allem im Kampf gegen die Notstandsgesetze kennen gelernt – und ich bin ein wenig stolz darauf, daran mitgewirkt zu haben, dass sie seit dem Ende der 60er Jahre – für eine gewisse Zeit – als Repräsentanten einer demokratischen, politischen Kultur in der Bundesrepublik anerkannt waren².

¹ Dieser Text beruht auf einem Vortrag, der am 23. 11. 2008 in Frankfurt/Main vor der Konferenz des Beirates der Partei „Die Linke“ in Hessen mit dem Titel „Schützt die Verfassung vor ihren falschen Hütern – gegen die Kriminalisierung der Linken“ gehalten wurde.

² In dem von der Heinz-Jung-Stiftung herausgegeben Band über die Frankfurter „Linke im Kalten Krieg“ (2007) wird berichtet, dass das von Rainer Barzel (CDU) für den „Kampf gegen den Bolschewismus“ gegründete „Komitee Rettet die Freiheit“ 1960 eine Broschüre veröffentlichte („Drehscheibe Frankfurt“, Bad Godesberg 1960), in der behauptet wurde, Frankfurt sei eine Drehscheibe für kommunistische Infiltration. Diese wiederum werde maßgeblich von einem gewissen Heiner Halberstadt gesteuert. Daraufhin – nach einer Kampagne durch die *Frankfurter Neue Presse* –

Im politischen Diskurs der konservativen und (teils auch der) liberalen Kräfte³ (vor allem in Hessen) hat seit einigen Jahren eine deutliche Verschiebung stattgefunden. DIE LINKE (im doppelten Wortsinne) wird als „verfassungsfeindlich“ kriminalisiert und sie wird der Überwachung und Bespitzelung durch die Geheimdienste unterstellt. Der hessische Innenminister Bouffier und der Chef des Landesamtes für Verfassungsschutz Eisvogel begründen den Einsatz ihres Amtes gegen die Linkspartei insbesondere damit (so der jüngste Bericht des Verfassungsschutzes für das Lande Hessen, S. 121), dass Mitglieder und Arbeitsgemeinschaften der Partei sich der „*marxistischen Gesellschaftsanalyse*“ bedienen und versuchen würden, „die *Vorherrschaft des Kapitals* zu überwinden“. Noch primitiver schlägt ein Dossier der CDU-Landtagsfraktion vom April 2008 zu. Der Titel lautet: „Nicht auf dem Boden der Verfassung. Eine Analyse und Dokumentation der Partei DIE LINKE“. Darin freut sich die CDU geradezu über die „Offenheit“, „mit der die Vertreter (dieser Partei) zur Schau tragen, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft, überwinden wollen“. Sie sind verfassungsfeindlich, also politisch kriminell, weil sie die „Ordnung unseres Gemeinwesens überwinden“ wollen. Der Innenminister von Niedersachsen Uwe Schönemann diffamiert „Die Linke“ als antidemokratische Kraft und plädiert für deren geheimdienstliche Überwachung im Interesse der Staatssicherheit: „Ein Verzicht des Verfassungsschutzes auf ihre Beobachtung würde nicht nur gegen seinen Auftrag zum Schutz der demokratische Grundordnung verstoßen. Er würde auch einem Gütesiegel gleichkommen, das dieser Partei nicht zusteht“ (FAZ vom 13. Dezember 2008, s. 10). Schönemann bedient sich dabei einer besonders einfältigen Argumentation. „Es ist nicht verfassungswidrig, für eine angebliche bessere Gesellschaft unter dem Signum ‚Demokratischer Sozialismus‘ einzutreten. Auch das Ziel, ‚den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden‘ zu wollen, widerspricht nicht per se dem Grundgesetz. Die ‚Die Linke‘ diffamiert die gesellschaftliche und politische Realität der Bundesrepublik so gezielt, dass man von ihrer Absicht ausgehen muss, die Verfassungsordnung zu demontieren“ (ebd.). Die absurde Logik dieser Argumentation ließe sich auf Schönemann selbst übertragen: Dieser diffamiert „Die Linke“ so gezielt, dass man von seiner Absicht ausgehen könnte, die Linken wieder einmal in Konzentrationslager zu stecken. Immerhin konzediert Schönemann, dass die Überwindung des Kapitalismus (z. B. durch die Sozialisierung der Banken, die von einer Parlamentsmehrheit beschlossen würde) nicht „per se verfassungswidrig“ sei.

wurde Heiner als Geschäftsführer des städtischen Vereins Häuser der Offenen Tür fristlos gekündigt. Das erinnert uns daran: die Opfer des Kalten Krieges – auch im Westen – dafür hat sich vor allem Heinrich Hannover eingesetzt – müssen rehabilitiert werden!.

³ Ich spreche im folgenden vom „konservativen Block der politischen Rechten“ und meine damit die Koalition von Wirtschaftseliten, rechten Medien (FAZ, Springer), Teilen der Wissenschaft (vor allem aus den Wirtschaftswissenschaften, Beispiel: Prof. Sinn), Führungsgruppen der Armee und der Justiz, sowie die Vertreter in den politischen Mitte-Rechts-Parteien und der Regierung sowie die zugeordneten Interessenverbände. In der CDU und der FDP gibt es Personen, die diesem „Block“ nicht zuzurechnen sind (Beispiel: Geisler, Blüm, Baum / Hirsch); in der SPD wiederum gibt es Fraktionen (wie z. B. den „Seeheimer Kreis“), die diesem Block zumindest nahe stehen (große Koalition à la Jürgen Walter). In den Gewerkschaften gehören auf jeden Fall Führungskräfte der BCE dazu. Gleichwohl zeichnet sich der „Neoliberalismus“ durch das Bündnis zwischen Konservativen und Wirtschaftsliberalen aus; in der angelsächsischen Welt wurde diese Koalition– seit Ronald Reagan – als die „neue Rechte“ (New Right) bezeichnet.

Speziell für die hessische CDU scheint jedoch ein kurzer Nachhilfeunterricht in Sachen Verfassung und Verfassungstreue, aber auch in Sachen Verfassungsgeschichte notwendig (und, offen gesagt, es wundert einen schon, auf welchem niedrigem Niveau die angeblich „klugen Köpfe“, das sind die selbsternannten FAZ-Leser, ihren Hass auf die Linke in juristische Argumente kleiden wollen⁴).

1. Die „Soziale Marktwirtschaft“, von der die Hessen-CDU spricht (welche eigentlich? die von Ludwig Erhard oder die der skandinavischen Sozialdemokratie?), ist nicht Bestandteil der Verfassung: weder der Hessischen Verfassung noch des Grundgesetzes – ebenso wenig wie übrigens die „FDGO“ (freiheitlich-demokratische Grundordnung), mit der als Quasi-Überverfassung die Berufsverbote legitimiert werden sollten. Die „Ordnung unseres Gemeinwesens“ wird durch die Verfassung definiert, die keineswegs die kapitalistische Wirtschaftsordnung als unveränderbar fest schreibt. Unsere Verfassungen – die hessische mehr als das Grundgesetz – sehen ausdrücklich Möglichkeiten und gesetzliche Maßnahmen vor, die den „Missbrauch der wirtschaftlichen Freiheit“ (Art. 39) untersagen, die Sozial- und Wirtschaftsordnung auf die Anerkennung der Würde und der Persönlichkeit des Menschen begründen und die Arbeitskraft – gegen Ausbeutung und die Risiken kapitalistischen Wachstums (Krisen, Arbeitslosigkeit etc.) - unter den besonderen Schutz des Staates stellen (Art. 27/28). Maßnahmen zur Erreichung dieser Ziele sind bekanntlich die Anerkennung des vollen Mitbestimmungsrechtes der Arbeitnehmer (Art. 37) und der Gewerkschaften, die Sozialisierung der Schlüsselindustrien, die Staatsaufsicht über Großbanken und Versicherungen, die Enteignung des Großgrundbesitzes (also die Art. 41 und 42) usw. Die Hessische Verfassung war (nach dem Kriege) ein Produkt der Katastrophen, die der Kapitalismus in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts angerichtet hatte. Vielleicht stehen wir heute wieder an der Stelle, an der wir uns angesichts der möglichen Katastrophen im Zusammenhang des Zusammenbruchs des Finanzmarktkapitalismus an die Lehren erinnern müssen, die vor vielen Jahrzehnten aus der „großen Krise“ nach 1929, nach 1933 und nach 1945 gezogen wurden. Die einstigen Hohepriester des Neoliberalismus, die den Staat (und den Keynesianismus) verteufelten, haben offenbar kein Problem damit, heute für das Finanzkapital (wie auch andere Sektoren der Privatwirtschaft) die Rettung durch den Staat zu fordern und zu akzeptieren.

2. Da die CDU (und die FAZ) den „phantastischen Vier“ um Jürgen Walter immer wieder emphatisch dafür danken möchte, dass sie Hessen vor einer „Regierung mit Kommunisten“ gerettet haben, sei ebenfalls daran erinnert, dass a) der Kommunist Oskar Müller (KPD) Arbeitsminister in der hessischen Landesregierung und einer der „Väter der Verfassung“ war; dass sich b) die hessischen Sozialdemokraten in ihrer Mehrheit als Marxisten verstanden und – wie ihr Fraktionsvorsitzender im Landtag, Wilhelm Knothe, nach der Verabschiedung des Sozialisierungsgesetzes verkündete – Hessen als ein „sozialistisches Land“ betrachteten; und c) dass die CDU nicht nur in Hessen stark von den Ideen eines „christlichen Sozialismus“ geprägt war. So erklärte die CDU-Fraktion von Hessen im Jahre 1946 offiziell zur

⁴ Bei den FAZ-Lesern wundert das überhaupt nicht; denn dieses konservativ-liberale Blatt – das sich gerne für einen anspruchsvollen Journalismus rühmt – hat sich in den letzten Monaten im Kampf gegen die hessische SPD (speziell gegen die Person von Andrea Ypsilanti) und gegen die LINKE in ein Kampfblatt von Roland Koch verwandelt. Die FAZ gibt einen Vorgeschmack darauf, wie die Wirtschaftseliten (deren Sprachrohr sie ist) reagieren würden, wenn sich die ökonomische Krise zuspitzt, der Widerstand „von unten“ zunimmt und die Linke tatsächlich einmal über die Macht (und die Mehrheiten) verfügte, einen Politikwechsel herbeizuführen.

Verfassungsdebatte, nachdem sie sich zum „Eigentum als Quelle des schöpferischen Strebens jeden Menschens bekannt“ hatte: „Das Streben nach Besitz und Eigentum findet seine Grenze, wo es zur Herrschaft über andere wird. Schlüsselproduktionen, d. h. Bodenschätze, Großbanken, Versicherungsgesellschaften, die gefährlichen Anreiz zum Monopolkapitalismus verkörpern, sollen künftig der Allgemeinheit unterstehen“. Gäbe es einen Einbürgerungstest speziell für Hessen, dann würden wohl einige CDU- und FDP-Abgeordnete – bei der Abteilung hessische Geschichte – mit Aplomb durchfallen!

Eine erste Schlussfolgerung: wer die Kriminalisierung der Linken („nicht auf dem Boden der Verfassung“) und deren Überwachung durch den Verfassungsschutz auf diese Konstruktion begründet wie die CDU-Hessen, der (das richtet sich dann an ihre Regierungsvertreter Koch und Bouffier) muss sich u.a. vorhalten lassen, dass auf diese Weise der Tatbestand der Veruntreuung von Steuergeldern erfüllt sein könnte!

Wenn wir die neuere deutschen Geschichte seit der Reichsgründung im Jahre 1871 betrachten, so lässt sich die Diffamierung und Ausgrenzung der Linken (von Sozialisten, Kommunisten, Radikaldemokraten), die sich immer wieder zur Gewaltanwendung bzw. zur staatlichen Repression steigert, gleichsam als eine kontinuierliche – nur selten unterbrochene – Linie (der Politik der politischen Rechten) rekonstruieren. Die politische Kultur in Deutschland ist also – im Unterschied zu vielen unserer Nachbarstaaten – in sehr viel stärkerem Maße durch antidemokratische Kräfte und Ideologien, durch die Fixierung auf autoritäre Staatlichkeit sowie durch eine aggressive Machtpolitik nach außen und innen geprägt. Mit anderen Worten: der „konservativ-liberale Block“ hat sich natürlich in verschiedenen Perioden immer wieder neu zusammengesetzt. Nach 1945 bekannte er sich (unter dem Druck der Niederlage im Zweiten Weltkrieg und der Hegemonie der USA) programmatisch zur parlamentarischen Demokratie. In Krisenperioden – z. B. am Ende des Kaiserreiches und während der Weimarer Republik – bekannte er sich offen zu antidemokratischen Lösungen, d.h. zum autoritären Staat. Carl Schmitt, den der Herr Schäuble mit dem Hinweis auf den Herrn Depenheuer: „Selbstbehauptung des Rechtsstaates“ wieder aufleben lässt⁵, war hier der Vordenker. Das Bekenntnis zum autoritären Staat war - sei's realpolitisch, sei's propagandistisch - immer auf das engste mit der Repression gegen die Linke verbunden. Die Konservativen haben es immer wieder vermieden, diese Geschichte einmal gründlich aufzuarbeiten. Stattdessen haben sie immer wieder in „Geschichtsdebatten“ darauf hingearbeitet, die deutsche Vergangenheit zu „entsorgen“. Der ehemaligen Bundespräsident von Weizsäcker war da eine Ausnahme, und dafür haben ihn nicht wenige in der eigenen Partei geschnitten.

Ich beschränke mich auf einige Beispiele:

- das Sozialistengesetz von 1878 bis 1890, mit dem Bismarck die „gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ unterdrücken wollte;
- die Diskriminierung demokratischer und marxistischer Wissenschaftler an den Universitäten des Kaiserreiches vor 1918;
- die Zerschlagung der revolutionären Kräfte in der Novemberrevolution 1918/19; nicht nur die Ermordung von Luxemburg und Liebknecht, sondern die Ermordung von unzähligen Arbeitern durch Freikorpsbanden, die Reichswehr; dazu eine Justiz,

⁵ Vgl. dazu Frank Deppe, Krise der Demokratie – auf dem Weg zu einem autoritären Kapitalismus, in: ders. u.a. (Hrsg.), Notstand der Demokratie, Hamburg: VSA-Verlag 2008, S. 10 ff.

die nicht nur antidemokratisch eingestellt war, sondern auf dem „linken Auge blind war“;

- der systematische Terror gegen die Linke und gegen Demokraten nach 1933; der Vernichtungs-Kreuzzug gegen Marxismus und Bolschewismus nach innen wie nach außen (Überfall auf die Sowjetunion 1941);
- die Kommunistenverfolgungen im Kalten Krieg (KPD-Verbot, Politische Strafjustiz, Diffamierung der linken Opposition, s.o.);
- die Politik der Berufsverbote gegen „Extremisten“ im öffentlichen Dienst nach 1972;
- der Umgang mit dem linken Terrorismus der RAF („Sicherheitsstaat“, „Deutscher Herbst“); die Erklärung des „Staatsnotstandes“ mit der Einschränkung von Freiheitsrechten, wogegen sich z. B. Heinrich Hannover gewandt hat; man vergleiche damit den Umgang des deutschen Staates mit dem rechten Terrorismus seit den 90er Jahren; mehr als 130 Menschen wurden von Neonazis auf den Straßen ermordet, weil sie z. B. die falsche Hautfarbe haben - und die NPD ist immer noch nicht verboten;
- die „Abwicklungen“ in der ehemaligen DDR nach 1989-91, die auch das Ziel verfolgten, die DDR (wie die sozialistischen Staaten insgesamt) als „Unrechtsregime“ zu kriminalisieren und dieses Verdikt auf die gesamte Linke auszudehnen.

Wenn diese Diffamierung zurückgewiesen und die Regierung sowie der Verfassungsschutz aufgefordert werden, die Überwachung und Bespitzelung der Linken einzustellen, dann wird zugleich die Verfassung und die Demokratie verteidigt. Es geht um die Verteidigung einer demokratischen, politischen Kultur, die nicht nur die Anerkennung der Regeln der Demokratie voraussetzt, sondern auch die Anerkennung eines politischen Spektrums von sozialen, politischen und geistig-kulturellen Kräften erfordert, das sich von der (demokratischen) konservativen Rechten bis zur sozialistischen und kommunistischen Linken erstreckt. In vielen Ländern ist diese Anerkennung eine Selbstverständlichkeit. Bei uns muss immer wieder neu zur Kenntnis genommen werden, dass diese Anerkennung von den herrschenden Eliten in der deutschen Geschichte niemals freiwillig gewährt wurde, sondern durch die Veränderung der Kräfte- und Machtverhältnisse erkämpft werden musste. Wenn diese Geschichte realistisch betrachtet wird, so zeigt sich schnell, dass die Zeiträume, in denen diese demokratische Grundbedingung erfüllt war und auch funktionierte, jeweils nur sehr kurz gewesen sind. Insofern waren und sind Verfassungen in den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaften immer auch zeitweilige Festschreibungen eines politischen Kompromisses zwischen gegensätzlichen sozialen, von Klassen-Interessen – so hatten es einst die Austromarxisten um Otto Bauer und so hat es auch später Wolfgang Abendroth in seiner Verfassungsinterpretation herausgearbeitet.

Der Rückfall auf die Sprache (und Diffamierung) des Kalten Krieges hat natürlich mit den gewaltigen Veränderungen zu tun, die sich seit der weltpolitischen Wende von 1989 – 91 vollzogen haben. Die Linke wurde im letzten Viertel des 20. Jahrhunderts weltweit – dramatisch – geschwächt; sie ist aber auch weltweit (erinnert sei an Lateinamerika) dabei, sich neu zu gründen. Der Aufstieg der Linkspartei in Deutschland (mit all seinen Besonderheiten, die mit der deutschen Geschichte nach 1945 zu tun haben) ist ein Moment in diesem globalen Prozess. Die Diffamierung der Linken und der Versuch ihrer Kriminalisierung ist ein ziemlich hilfloser Versuch, diese „Renaissance“ zu verhindern – hilflos, weil deren Ursachen durch die Widersprüche erzeugt wurden und werden, die das herrschende Regime des Finanzmarktkapitalismus und die Politik des Neoliberalismus selbst produziert und

reproduziert. Diese Neugründung der Linken ist überall mit einer kritischen Auseinandersetzung mit der Geschichte der Linken, mit den Fehlern und Niederlagen, auch mit den Verbrechen, die im Namen des Sozialismus und Kommunismus begangen wurden, verbunden. Diese innere Auseinandersetzung ist oft und unvermeidlich sehr schmerzhaft; sie geht um Fragen der Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der Menschenrechte – gelegentlich scheint sie sich jedoch zu einer selbstquälerischen Katharsis zu steigern und offenbart dabei eine scheinbar unausrottbare Krankheit der Linken, dass sie sich nämlich lieber zerstreitet und spaltet, als gemeinsam zu handeln (und trotzdem lebendig nach innen zu streiten) und dabei die Chance der geschichtlichen Situation politisch zu nutzen. Und natürlich soll die - wissenschaftliche und politische - Debatte über diese Themen, die mit der politischen Geschichte des 20. Jahrhunderts verbunden sind, auch mit Konservativen und Liberalen geführt werden. Dabei können wechselseitige Lernprozesse stattfinden.

Allerdings macht eine solche Debatte nur Sinn, wenn sie wirklich offen ist. Das heißt: wer die Linke kriminalisiert, der will keine demokratische Auseinandersetzung, sondern will deren Vernichtung. Es geht also wieder einmal um eine sehr zentrale Frage der politischen Kultur! Wenn der Herr Ministerpräsident Koch mit seinen rechten Freunden zusammentrifft, dann spielt die politische Moral, die er gerne im Kreuzzug gegen die Linke anruft, offenbar keine Rolle!

- Hajo Schumacher berichtete in seinem Buch über Roland Koch über dessen Zusammentreffen – nach dem Beginn des Irakkrieges - mit dem US-Vizepräsident Dick Cheney (dazu kam für 17 Minuten George W. Bush, weil er diesen „guten Konservativen“ aus Deutschland kennen lernen wollte). Dieses Treffen – so Schumacher – ließ „ihn noch Tage später selig grinsen, als habe er von psychedelischen Pharmazeutika genascht“⁶. Roland Koch muss sich fragen lassen, ob er mit Cheney und Bush über das „Kriegsverbrechen“ (so muss es nach internationalem Recht genannt werden und so wird es inzwischen von vielen in den USA gesehen) des Irakkrieges diskutiert haben? Oder hat er etwa auf die Schröder-Fischer-Regierung geschimpft, die sich der „Koalition der Willigen“ nicht anschloss?.

- Im vergangenen Jahr ist Roland Koch nach New York gereist, um zusammen mit Herrn Dr. Henry Kissinger Werbung für Hessen zu betreiben. Die Arbeit des amerikanischen Journalisten Christopher Hitchens⁷ beschränkt sich – wie der Autor sagte – auf „die erkennbaren Verbrechen“ von Kissinger – von den Entscheidungen im Indochinakrieg, über die Unterstützung der Militärdiktaturen in Lateinamerika bis zu Aktivitäten in Osttimor – Maßnahmen und Ereignisse, die Hunderttausende von Opfern erforderten. In den 70er Jahren wurden in Lateinamerika (nach Chile 1973) Zehntausende von Linken, Gewerkschaftern, Menschenrechtsaktivisten verfolgt, gefoltert, ermordet, aus Flugzeugen ins Meer geworfen. Bis heute sind die Schicksale der „Verschwundenen“ nicht aufgeklärt. Naomi Klein berichtet in ihrem neuen Buch „Schock-Doktrin“ von diesen Ereignissen. Kissinger traf sich im Oktober 1976 mit dem Außenminister der argentinischen Militärjunta. Sie sprachen über die internationalen Proteste gegen die Menschenrechtsverletzungen durch die Junta nach dem Putsch. Kissinger sagte seinem Amtskollegen: „Schauen Sie, unsere grundlegende Haltung ist die, dass wir Ihnen Erfolg wünschen. Ich vertrete die vielleicht etwas antiquierte Meinung, dass Freunde unterstützt werden sollten ... Je

⁶ Hajo Schumacher, Roland Koch. Verehrt und verachtet, Frankfurt am Main 2004, S. 263.

⁷ Christopher Hitchens, Die Akte Kissinger, Stuttgart / München: DVA, 2001.

schneller Sie Erfolg haben, um so besser!“⁸ Danach sicherte er dem Vertreter der Junta zu, dass sich die USA für Kredite an Argentinien einsetzen. Hat Roland Koch auch mit Henry Kissinger darüber gesprochen, warum er gegen das Buch von Hitchens, der ihn als einen „notorischen Kriegsverbrecher und Gesetzesbrecher“ bezeichnet⁹, nicht gerichtlich vorgegangen ist? Vielleicht besteht ja ein Zusammenhang zwischen diesem Buch und den darin dargelegten Fakten und der Tatsache, dass George W. Bush die Unterschrift von Bill Clinton unter das Statut des Internationalen Gerichtshofes zurückgezogen hat – und seine Regierung sogar damit gedroht hat, militärisch in Holland einzugreifen, falls sich ein US-Staatsbürger vor diesem Gerichtshof (mit Sitz in Den Haag) zu verantworten hätte.

Roland Koch hat offenbar keine Probleme damit, Politiker der Rechten zu verehren und als Freunde zu preisen, die für Verbrechen gegen das Völkerrecht und die Menschenrechte, für Massenmord und - das sei besonders hervorgehoben – für Staatsterror gegen die Linke verantwortlich gewesen sind. Damit ist die Glaubwürdigkeit, mit der er die Moralkeule gegen die Linke schwingt, natürlich substantiell beeinträchtigt. Verbrechen bleiben Verbrechen, auch wenn sie im Namen der (angeblichen) Freiheit begangen werden. Wenn Roland Koch Geschichtsforschung betreiben möchte, dann sollte er auch danach fragen, wie viele alte Nazis in den 50er Jahren in der CDU (in Hessen vor allem aber auch in der FDP) eine neue Heimat gefunden hatten, in der sie – wie Herr Dregger – stolz nicht auf den Widerstand gegen den Faschismus, sondern auf ihre Heldentaten in der Wehrmacht gewesen sind¹⁰.

Wenn schon über die „Freunde von Roland Koch“ gesprochen wird, dann sei abschließend noch ein weiterer Grund genannt, warum gerade die hessische CDU und ihr Spitzenmann die Diffamierung der LINKEN auf besonders aggressive Weise betreiben. Es geht eine Epoche der neoliberalen Hegemonie zu Ende, in der Kapitalismuskritik fast vollständig an den Rand gedrängt war, in der die Philosophie des Privateigentums, des Profits, des Marktes allmächtig schien. Die Reichen und die Superreichen hatten also keinen Grund, ihre Gier zu zügeln, sich zu verstecken oder gar eine politische Wende zu fürchten, die – wenn auch nur in bescheidenem Maße (z. B. über die Vermögenssteuer oder über die Verfolgung der Wirtschaftskriminalität durch die Justizbehörden) – auf eine Neuverteilung des gesellschaftlichen Reichtums und auf die Herstellung sozialer Gerechtigkeit zielen würde. Das ist im Kern – verbunden mit dem Anspruch auf den Ausbau der Demokratie von unten – die Programmatik der Linken in der Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus als einer historisch-konkreten Herrschaftsformation des Kapitals unter der Dominanz des Finanzmarktkapitalismus.

⁸ Naomi Klein, *The Shock Doctrine. The Rise of Disaster Capitalism*, London 2007, S. 158.

⁹ Hitchens, a.a.O., S. 209. Inzwischen wurden in mehreren Ländern Anträge auf Strafverfolgung von Henry Kissinger gestellt. Im Internet kann man sich unter *Kissinger Watch* über den Stand der Bemühungen um die Aufhebung von Kissingers Immunität informieren.

¹⁰ Der niedersächsische Innenminister Schünemann ist ein besonders aggressiver Befürworter der Überwachung der LINKEN durch den Verfassungsschutz. Die Fraktion der LINKEN im niedersächsischen Landtag hat einen Oldenburger Historiker mit einer Untersuchung über die „Braunen Wurzeln“ der Langtagsfraktionen von CDU, GDP und DP beauftragt. Die Ergebnisse (die im Internet abgerufen werden können) sind erhellend genug: Maßgebliche Politiker der konservativen Fraktionen waren nicht nur Mitglieder der NSDAP; sondern hatten im Nazi-Staat herausgehobene Funktionen, waren schon vor 1933 Mitglieder der NSDAP usw.

In dem Buch des Spiegel-Journalisten Hajo Schumacher über Roland Koch lesen wir: „Kochs uneingeschränkte Solidarität mit der Ökonomie, die dem Wähler so verdächtig sein sollte wie eine große Gewerkschaftsnähe, sorgt bei manchen Wirtschaftsbossen für große Sympathie. Kaum ein Politiker in Deutschland hat einen derart mächtigen Freundeskreis wie die Runde, Wirtschaft für Koch'. Anführer sind *Commerzbank*-Chef Müller und Nikolaus Schweikart, Vorstandsvorsitzender des Chemie Multis *Altana*, ein Unternehmen der Quandt-Familie ... Dieser Kreis umfasst 40 Bosse, meist aus der Frankfurter Geldwirtschaft, aus der Chemie und der Lebensmittelbranche ... Man trifft sich mehrmals im Jahr; Koch lässt kein Treffen aus“. Für seinen Wahlkampf wollten sie 2003 mehr als eine Million Euro zusammenbekommen¹¹. Hinzuzufügen wäre noch die besondere Beziehung zum Herrn Ackermann von der *Deutschen Bank*, dem Koch - vor allem in den Zeiten des Düsseldorfer Prozesses – stets demonstrativ die Treue hielt.

Diese Herrschaftskonstellation erfährt gerade ihren Crash – und kein geringerer als Roland Koch hat sogleich in der FAZ davor gewarnt, dass diese die geschichtliche Stunde einer neu formierten Linken sein könne. Gleichzeitig hat er angekündigt, dass er in den Neuwahlen vom kommenden Januar seine Wirtschaftskompetenz in der Vordergrund stellen möchte. Koch personifiziert wie kaum ein anderer führender CDU-Politiker das Bündnis von Konservatismus und Wirtschaftsliberalismus. Er trägt wie kaum ein anderer Verantwortung für die Krisen, die jetzt herannahen, viele Menschen in ihrer sozialen Existenz und Perspektive noch tiefgreifender bedrohen als dies in den vergangenen Jahren der Fall gewesen ist. Dass gerade er in der Lage sei, eine andere Politik - als Ausweg aus der Krise - zu betreiben, das erinnert an jene krankhaften Pyromanen, die Brände stiften, um anschließend bei der Freiwilligen Feuerwehr ihre Hilfe beim Löschen anzubieten.

Es lohnt sich, dafür zu kämpfen, dass dieser „Wirtschaftsanwalt aus Eschborn“ und seine Freunde im Januar 2009 erneut vom Souverän abgestraft werden!

¹¹ Schumacher, a.a.O., S. 224/225.